

petuja Systems UG (haftungsbeschränkt)
St.-Gunther-Weg 6, 94258 Frauenau, Deutschland

Allgemeine Geschäftsbedingungen – petuja Systems UG
Stand: 23.02.2026



Inhaltsverzeichnis

1. Geltungsbereich	3
2. Vertragsgegenstand und Leistungen	3
3. Inklusiver Support / „Fair-Use-Prinzip“	3
4. Vertragsschluss	4
5. Widerrufsrecht (nur für Verbraucher)	4
6. Laufzeit und Kündigung	4
7. Preise, Zahlung und Zahlungsverzug	5
8. Verfügbarkeit, Wartung und höhere Gewalt	5
9. Mitwirkungspflichten des Kunden	5
10. Datensicherung und Haftung	5
11. Nutzungsbedingungen und Verbote	6
12. Datenschutz und Auftragsverarbeitung	6
13. Domains, Drittanbieter und Subunternehmer	6
14. Referenznennung	6
15. Änderungen der AGB	7
16. Schlussbestimmungen	7

1. Geltungsbereich

- (1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle Verträge zwischen der petuja Systems UG (haftungsbeschränkt), St. Gunther Weg 6, 94258 Frauenau (nachfolgend „Anbieter“) und ihren Kunden.
- (2) Die AGB gelten gegenüber Unternehmern (§ 14 BGB) und Verbrauchern (§ 13 BGB), sofern nicht ausdrücklich abweichende Vereinbarungen getroffen wurden.
- (3) Abweichende Geschäftsbedingungen des Kunden finden keine Anwendung, es sei denn, der Anbieter stimmt ihrer Geltung ausdrücklich zu.

2. Vertragsgegenstand und Leistungen

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Bereitstellung und Vermarktung digitaler Dienste und IT-Lösungen, insbesondere in den Bereichen Hosting, Domains, Internetpräsenzen, Plattformbetrieb, digitale Werkzeuge sowie der Handel mit Hard- und Software.
- (2) Der Anbieter erbringt insbesondere Dienstleistungen in den Bereichen Webhosting, Domainverwaltung, E-Mail-Hosting, technische Beratung, Support, Wartung, virtuelle Serverlösungen (vServer) sowie weitere digitale Dienstleistungen. Der konkrete Leistungsumfang ergibt sich aus dem jeweiligen individuellen Angebot oder Vertrag.
- (3) Der Anbieter ist berechtigt, die angebotenen Leistungen aus technischen, organisatorischen oder rechtlichen Gründen anzupassen oder weiterzuentwickeln, sofern dies für den Kunden zumutbar ist und der vertraglich vereinbarte Leistungszweck nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Eine wesentliche Leistungsänderung erfolgt nur, soweit hierfür ein sachlicher Grund besteht und die Interessen des Kunden angemessen berücksichtigt werden.
- (4) Bei virtuellen Serverlösungen (vServer) ist der Kunde, sofern nicht ausdrücklich anders vereinbart, für die Administration, Konfiguration, Absicherung und Wartung des Servers selbst verantwortlich. Der Anbieter schuldet insoweit lediglich die Bereitstellung der vereinbarten Serverressourcen.

3. Inklusiver Support / „Fair-Use-Prinzip“

- (1) Soweit im jeweiligen Angebot oder Vertrag „inklusive Support“ vereinbart ist, erbringt der Anbieter unterstützende Leistungen im Zusammenhang mit den bereitgestellten Diensten im Rahmen eines angemessenen und branchenüblichen Umfangs („Fair-Use-Prinzip“).
- (2) Der inklusive Support dient ausschließlich der Unterstützung beim laufenden Betrieb der vertraglich vereinbarten Leistungen. Er umfasst insbesondere:
 - allgemeine Rückfragen zur Nutzung der bereitgestellten Dienste,
 - Hilfestellungen bei üblichen Bedienvorgängen,
 - kleinere technische Anpassungen,
 - Abstimmungen im Zusammenhang mit Domain-, DNS-, Hosting- oder Systemverwaltung.
- (3) Der Umfang des inklusiven Supports ist auf einen üblichen, dem Vertragsverhältnis entsprechenden Aufwand begrenzt. Ein Anspruch auf bestimmte Reaktionszeiten, eine dauerhafte Erreichbarkeit oder auf unbegrenzte Supportleistungen besteht nicht, sofern nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart wurde.

(4) Nicht Bestandteil des inklusiven Supports sind insbesondere:

- umfangreiche Konfigurationsänderungen,
- individuelle Entwicklungsleistungen,
- Migrationen,
- Performance- oder Sicherheitsanalysen,
- Projektarbeiten,
- konzeptionelle Beratung,
- Schulungen,
- wiederholte oder außergewöhnlich aufwändige Supportanfragen,
- Leistungen, die über die ursprünglich vereinbarte Systemkonfiguration hinausgehen.

(5) Ob eine Anfrage vom inklusiven Support umfasst ist oder eine gesondert zu vergütende Zusatzleistung darstellt, entscheidet der Anbieter nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung von Art, Umfang, Häufigkeit und wirtschaftlichem Gesamtverhältnis des Vertrages (§ 315 BGB).

(6) Übersteigt der angefragte Leistungsumfang das Fair-Use-Prinzip, ist der Anbieter berechtigt, die Leistung abzulehnen oder dem Kunden ein gesondertes Angebot zu unterbreiten.

(7) Bei wiederholter oder systematisch umfangreicher Inanspruchnahme des inklusiven Supports, die über das übliche Maß hinausgeht, ist der Anbieter berechtigt, den Kunden schriftlich auf die Überschreitung hinzuweisen und zukünftige Supportleistungen auf ein angemessenes Maß zu begrenzen oder eine gesonderte Vergütungsvereinbarung vorzuschlagen.

(8) Soweit Leistungen als „unmanaged“ bzw. ohne gesonderte Managed-Vereinbarung bereitgestellt werden, umfasst der inklusive Support keine Administrations-, Update-, Patch-, Hardening- oder Monitoring-Leistungen am System des Kunden.

4. Vertragsschluss

(1) Ein Vertrag kommt durch Angebot und Annahme zustande. Die Annahme kann in Textform, durch Leistungserbringung oder durch Rechnungsstellung erfolgen.

(2) Bei Verbrauchern gelten ergänzend die gesetzlichen Regelungen zum Fernabsatz, insbesondere zum Widerrufsrecht.

5. Widerrufsrecht (nur für Verbraucher)

(1) Verbrauchern steht ein gesetzliches Widerrufsrecht von 14 Tagen zu.

(2) Bei Dienstleistungen erlischt das Widerrufsrecht vorzeitig, wenn der Anbieter die Leistung vollständig erbracht hat und der Kunde zuvor ausdrücklich zugestimmt hat, dass der Anbieter vor Ablauf der Widerrufsfrist mit der Ausführung beginnt, sowie seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er mit vollständiger Vertragserfüllung sein Widerrufsrecht verliert.

6. Laufzeit und Kündigung

(1) Verträge werden grundsätzlich im Prepaid-Modell abgeschlossen und enden mit Ablauf des bezahlten Leistungszeitraums.

(2) Eine automatische Verlängerung erfolgt nur durch erneute Zahlung.

(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

(4) Nach Vertragsende ist der Anbieter berechtigt, die vom Kunden gespeicherten Daten und Inhalte nach Ablauf von 14 Kalendertagen zu löschen, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten bestehen.

Der Kunde ist verpflichtet, vor Vertragsende eigenständig eine vollständige Datensicherung vorzunehmen.

7. Preise, Zahlung und Zahlungsverzug

- (1) Alle Preise verstehen sich als Endpreise inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer, sofern nicht anders angegeben.
- (2) Rechnungen sind grundsätzlich innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum zur Zahlung fällig, außer es wurde eindeutig anders kommuniziert.
- (3) Bei Zahlungsverzug ist der Anbieter nach erfolgloser Mahnung und angemessener Fristsetzung berechtigt, Leistungen vorübergehend zu sperren. Eine Pflicht zur Datensicherung vor Sperrung besteht nicht.

8. Verfügbarkeit, Wartung und höhere Gewalt

- (1) Die Leistungen werden nach dem Best-Effort-Prinzip erbracht. Eine bestimmte Mindestverfügbarkeit wird nur geschuldet, sofern diese ausdrücklich vereinbart wurde. Im Übrigen erfolgt die Leistungserbringung im Rahmen der technischen und betrieblichen Möglichkeiten.
- (2) Wartungsarbeiten können zu vorübergehenden Einschränkungen führen und werden, soweit möglich, außerhalb der üblichen Geschäftszeiten durchgeführt.
- (3) Für Leistungsstörungen aufgrund höherer Gewalt oder aufgrund von Ausfällen externer Netze, Rechenzentren oder Dienstleister, auf die der Anbieter keinen unmittelbaren Einfluss hat, haftet der Anbieter nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Eine Haftung besteht insbesondere nicht, soweit die Störung außerhalb des Verantwortungsbereichs des Anbieters liegt.
- (4) Der Anbieter ist berechtigt, zur Sicherheit und Stabilität der Systeme auch kurzfristige Wartungsarbeiten durchzuführen, sofern dies technisch erforderlich ist. Soweit zumutbar, wird der Anbieter den Kunden vorab informieren.

9. Mitwirkungspflichten des Kunden

- (1) Der Kunde ist verpflichtet, alle zur Leistungserbringung erforderlichen Informationen vollständig und korrekt bereitzustellen.
- (2) Der Kunde ist für die rechtmäßige Nutzung der bereitgestellten Leistungen selbst verantwortlich.

10. Datensicherung und Haftung

- (1) Der Anbieter führt keine Datensicherung für den Kunden durch, sofern nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart wurde.
- (2) Der Kunde ist verpflichtet, seine Daten regelmäßig und dem Risiko angemessen eigenständig zu sichern.
- (3) Eine Haftung des Anbieters für Datenverluste ist ausgeschlossen, soweit der Kunde eine ihm zumutbare und dem Risiko entsprechende Datensicherung unterlassen hat und der Schaden bei ordnungsgemäßer Datensicherung vermeidbar gewesen wäre.
- (4) Die Haftung des Anbieters bei einfacher Fahrlässigkeit ist auf die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten beschränkt und der Höhe nach auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, maximal jedoch auf die im letzten Vertragsjahr vom Kunden gezahlte Vergütung. Bei kürzerer Vertragslaufzeit gilt die auf den Vertragszeitraum entfallende Vergütung als Höchstbetrag.

- (5) Die Haftung bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit sowie bei Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit, nach dem Produkthaftungsgesetz sowie im Fall einer übernommenen Garantie bleibt unberührt.

11. Nutzungsbedingungen und Verbote

- (1) Untersagt sind insbesondere rechtswidrige Inhalte, Spamversand, Missbrauch von Ressourcen, unerlaubte Angriffe sowie Verstöße gegen geltendes Recht.
- (2) Bei Verstößen ist der Anbieter berechtigt, Leistungen zu sperren oder den Vertrag fristlos zu kündigen.
- (3) Der Kunde stellt den Anbieter von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die aufgrund rechtswidriger Inhalte oder einer rechtswidrigen Nutzung der bereitgestellten Leistungen durch den Kunden schuldhaft geltend gemacht werden. Dies umfasst auch die Kosten einer angemessenen Rechtsverteidigung.
- (4) Der Anbieter ist für vom Kunden gespeicherte, übermittelte oder veröffentlichte Inhalte nicht verantwortlich und nimmt keine inhaltliche Vorabprüfung vor. Gesetzliche Verpflichtungen zur Entfernung oder Sperrung von Informationen bleiben unberührt.

12. Datenschutz und Auftragsverarbeitung

- (1) Die Datenverarbeitung erfolgt gemäß DSGVO.
- (2) Soweit der Anbieter im Rahmen der Leistungserbringung personenbezogene Daten im Auftrag des Kunden verarbeitet, schließen die Parteien einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO. Der Anbieter ist berechtigt, zur Leistungserbringung Unterauftragsverarbeiter einzusetzen, sofern die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden.
- (3) Der Kunde wird über den Einsatz wesentlicher Unterauftragsverarbeiter informiert. Soweit Unterauftragsverarbeiter in Drittländern eingesetzt werden, erfolgt dies unter Beachtung der gesetzlichen Anforderungen, insbesondere unter Verwendung geeigneter Garantien gemäß Art. 44 ff. DSGVO.

13. Domains, Drittanbieter und Subunternehmer

- (1) Bei Domainregistrierungen tritt der Anbieter als Vermittler auf.
- (2) Die Registrierung und Verwaltung von Domains erfolgt nach den jeweils geltenden Bedingungen der zuständigen Vergabestellen (Registries) und Registrare. Der Anbieter schuldet keinen Erfolg hinsichtlich der Zuteilung, Verfügbarkeit oder dauerhaften Aufrechterhaltung einer bestimmten Domain, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde.
- (3) Der Kunde ist verpflichtet, die für die Domainregistrierung erforderlichen Daten vollständig und korrekt bereitzustellen und Änderungen unverzüglich mitzuteilen. Entstehen Verzögerungen oder Nachteile aufgrund unrichtiger oder verspäteter Angaben, hat der Kunde diese zu vertreten.
- (4) Der Anbieter ist berechtigt, zur Vertragserfüllung Subunternehmer und externe Dienstleister einzusetzen.

14. Referenznennung

- (1) Der Kunde räumt dem Anbieter das Recht ein, Name und Firmenlogo als Referenz zu verwenden, sofern es sich um öffentlich zugängliche Unternehmenskennzeichen handelt.
- (2) Die Nutzung erfolgt zu Zwecken der Eigenwerbung auf der Webseite des Anbieters sowie auf Partnerwebseiten.
- (3) Der Kunde kann diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

15. Änderungen der AGB

- (1) Der Anbieter ist berechtigt, diese AGB aus sachlichem Grund zu ändern, insbesondere bei Änderungen der Rechtslage, höchstrichterlicher Rechtsprechung oder der angebotenen Leistungen.
- (2) Änderungen werden dem Kunden mindestens 30 Tage vor Inkrafttreten in Textform mitgeteilt. Widerspricht der Kunde nicht innerhalb dieser Frist, gelten die Änderungen als angenommen.
- (3) Der Kunde wird in der Änderungsmitteilung ausdrücklich auf sein Widerspruchsrecht sowie auf die Folgen eines unterlassenen Widerspruchs hingewiesen. Im Falle eines Widerspruchs steht beiden Parteien ein Kündigungsrecht zu.

16. Schlussbestimmungen

- (1) Es gilt deutsches Recht.
- (2) Gerichtsstand für Unternehmer ist der Sitz des Anbieters.
- (3) Sollte eine Bestimmung dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt die gesetzliche Regelung.